

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Versand-Kaufplatz: Amt Dresden Nr. 21507  
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwiger Anzeiger  
Tageszeitung für das östliche Dresden u. seine Vororte.

Bank-Konto: Kgl. Deutsche Creditbank, Blasewitz  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk),  
der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaften Dresden-N. und Dresden-N.  
Druck und Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Veger & Co.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.  
Bezugspreis: monatlich 30.— Mark, vierteljährlich 90.— Mark  
durch die Post oder Boten frei ins Haus; bei Abholung in der  
Geschäftsstelle monatlich 28.— Mark, vierteljährlich 84.— Mark.

Dresden-Blasewitz  
Donnerstag, den 17. August 1922.

Anzeigen-Preis: die 6 gespaltene Grundzeile oder deren Raum  
4.— Mark, im Restteile die Zeile 12.— Mark, für Tabellen und  
schwierigen Satz 50% Aufschlag.  
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 10 Uhr.

## Poincarés Rechtfertigung.

(Fortsetzung aus voriger Nummer unter Letzte Nachrichten.)

Poincaré fuhr fort: Für jeden unparteiischen Menschen hätte die logische Folie dieses Vorganges die Feststellung der Verletzung Deutschlands und das Ergreifen der notwendigen Maßnahmen sein müssen, um die Wiederherstellung solcher Maßnahmen zu verhindern. Da man eine Verletzung nicht hat verhindern wollen, hatte sich die französische Delegation auf eine beschwerliche Formel zurückgezogen. Sie erklärte, daß sie ein Moratorium nur gewähren könne, wenn von gewissen Gütern Besitz ergriffen werde, die sofortige Einnahmen gestatten, nämlich eine 50prozentige Beteiligung an der deutschen chemischen Industrie, Errichtung einer Zollschranke im Rheinlande, Einziehung von Steuern im belgischen Gebiet, Ausbeutung der staatlichen Gruben im Ruhrgebiet und der deutschen Staatsforsten. Von englischer Seite wurden alle Maßnahmen, die wir vorschlugen, abgelehnt oder ganz abgelehnt. Was die Reichsbank anbetrifft, so wurden wir ungehörig beleidigt. Aber als es sich darum handelte, dem Garantiauschuß seinen Sitz in Berlin zu geben, zog sich Lloyd George zurück. Nach Anhörung der Sachverständigen und Zustimmung Lloyd Georges wurde beschlossen, die Kontrolle über die Ein- und Ausfuhrbewilligung zu befeitigen. Was die Kapitalflucht anbelangt, die in den alliierten Ländern einer strengen Reglementierung unterworfen ist, so widersetzte sich die englische Regierung dieser Maßnahme und schlug vor, man möge sich einfach mit den von Deutschland verprochenen geldgeberischen Maßnahmen begnügen. Wegen der Kontrollmaßnahmen brachen wir die Verhandlungen nicht ab. Weil wir glaubten, daß die Bewilligung eines Moratoriums eine Begünstigung ist, war es unerlässlich, daß wir sie von neuen produktiven Pfändern abhängig machten. Man hat uns noch nach der Ueberwachung der Balkanzone am Rhein die Einziehung einer Zollschranke im Ruhrgebiet und die Beteiligung an den deutschen chemischen und Farbenfabriken verweigert, die gewisse Gase herstellen können. In der Frage der Staatsgruben, in der wir mit Belgien, und der Staatsforsten, in der wir mit Italien und Belgien einig waren, haben wir als Garantie die sofortige Anerkennung gewisser Rechte verlangt. Aber England wollte diese Rechte nicht anerkennen, ausgenommen im Falle einer späteren Verletzung Deutschlands. Man stellte uns die außerordentliche These entgegen, daß wir auf Grund des Artikels 248 nicht das Recht hätten, von allen Pfändern eines in besonderen zu fordern. Die Meinungsverschiedenheiten in der Pfänderfrage sind so weit gegangen, daß Lloyd George selbst vorgeschlagen hat, sie dem Völkerrecht zu überweisen. Dem habe ich mich widersetzt. Poincaré sprach sich dann über den Artikel 10 der englischen Vorschläge aus, der ein Moratorium bis zum 31. Dezember 1922 vorsah, aber festsetzte, daß während einer bestimmten Zeit die Gesamtheit der Geldzahlungen den Entzug der 50prozentigen Ausfuhrabgabe nicht übersteige. Darauf bemerkte er, er könne nicht zugeben, daß man auf diese Weise für unbestimmte Zeit die sich erhebenden Jahreszahlungen des Zahlungsplanes vom Mai 1921 aufhebe. Er erklärte, daß die Lösung auch mehr in einer Sanierung der deutschen Finanzen als in der Bewilligung eines Moratoriums zu finden sei. Die französische Regierung hätte kein Moratorium ohne Pfänder annehmen können. Sie lie bereit, die Frage in ihrer Gesamtheit zu prüfen, und verlangte deshalb, daß man die Dinge befaße, wie sie augenblicklich lagen. Poincaré sagte dann: Man könnte die Frage im November wieder aufnehmen. Deutschland müsse aber bis dahin seine Verpflichtungen erfüllen. Was immer Lloyd George erkläre, Deutschland könne zahlen, es habe in der Reichsbank eine Milliarde im Depot. Davon könnte man die notwendigen 100 Millionen nehmen, ohne den Sturz der Mark, der übrigens auf andere Ursachen zurückzuführen sei, über Gebühr zu beschleunigen. Western nachmittags habe man den Beweis geführt, daß Deutschland zahlen könne. Er konnte den letzten Vorschlag eines Moratoriums nicht annehmen, weil er keine Pfänder bringe. Er habe sich der Entscheidung, die getroffen worden sei, nicht anschließen können. So habe man sich in sehr freundschaftlicher Weise getrennt. Aber er verlange für die französische Regierung das Recht, über die Folgen zu beraten, die diese Umeinstellung nach sich ziehe. Man sage ihm, das sei der Bruch der Entente. Aber er erkläre, er glaube nicht daran. Er für seinen Teil wolle ihn vermeiden, vorausgesetzt indessen, daß er die Interessen seines Landes nicht zu opfern brauche. Ein Bruch zwischen der englischen und der französischen Regierung wäre tatsächlich ein großes Unglück. Aber die gegenseitige Abneigung der beiden Völker wäre noch viel ernster.

aber in erkenntlich der Geist; der Geist eines hysterisch verbohrt politischen Hasses mit dem Endzweck, zu beweisen, Frankreich dürfe gegenüber Deutschland Gewalt gebrauchen. — Daß ihm dazu auch nicht der Schein eines Rechtes zur Seite steht, ist zwar durch die Londoner Konferenz erwiesen, doch nicht uns dies wenig, wenn uns nicht Schutz gegen französischen Siegerübermut von außen kommt, da Deutschland wehrlos diesen Angriffen gegenübersteht.

### Pressstimmen zum Abbruch der Konferenz.

Berlin, 15. August. Nach dem „Vorwärts“ vertrat sich Poincaré in eine Sadgasse, aus der er nun schwer einen Ausweg finden wird. Die Politik Poincarés arbeite mit bemerkenswerter Tätigkeit auf die Schaffung eines untillbaren Hasses zwischen Frankreich und Deutschland hin. Sie laufe unweigerlich auf eine Isolierung Frankreichs hinaus. Die leitenden Politiker Frankreichs schenken diese Gefahr nicht zu erkennen. Die Kritik, die vor allem eine französische Kritik.

Zum Scheitern der Londoner Konferenz bemerkt die „Germania“, es sei dadurch auf neue der Beweis gebracht worden, daß in dem sich schon so lange vor unseren Augen abspielenden Ringen zwischen der politischen Vernunft und einer unbeschreiblichen Unvernunft die letztere noch immer starrköpfig das Feld behauptet. Alle unsere Gegner setzen in den letzten dreiwöchentlichen Jahren allmählich der Revision des Londoner Zahlungsplanes genügt geworden. Nur ein Staatsmann nicht, der Leiter Frankreichs, Poincaré! Er ruge als die traurige Säule der Unvernunft hervor, die auf ihrem Scheitern bestehen will, wenn auch die Unmöglichkeit, ihn zu erfüllen, zu Tage liegt.

Die „Voll. Jg.“ nimmt den neuen Sturz der Mark, der in dem Dollarstande von über 1000 zum Ausbruch kommt, zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtung und sagt: Was dieser neue Zusammenbruch der deutschen Währung bedeute, läßt sich mit wenigen Worten ausdrücken: Eine weitere Verelendung wertvoller Schichten, eine Verstärkung des Budgetgleichgewichts, eine Absperrung der notwendigen Rohstoffzufuhr, Hungersgefahr, Produktionsstillstand, Verzweiflungsausbrüche, Unterdrückung der Regierungsbefugnisse.

Aus Frankreich orientieren die folgenden Zeitungsausszüge über die geschaffene Stimmung:

Paris. Die durch den Mißerfolg der Londoner Konferenz geschaffene Lage wird von der Pariser Presse äußerst ernst angesehen. Der „Petit Parisien“ schreibt: So ernst auch die Umeinstellung ist, so präjudiziert sie doch nicht die Zukunft der englisch-französischen Beziehungen, aber nur unter der Bedingung, daß man sich nicht von der französischen Lage des Augenblicks bestirbt erklärt und daß England seinerseits sich bemüht, dem französischen Standpunkt Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Gelegenheit hierzu wird sich vielleicht in einigen Tagen bieten, wenn die Reparationskommission endgültig über das Moratoriumverlangen zu entscheiden haben wird. — „Journal“ erklärt: Weder Bruch noch Abkommen! Ein Zugeständnis der Ohnmacht! So endigt nach achtstägigen unerhörten Anstrengungen die Konferenz von London. Das Problem bleibt in seiner Gesamtheit bestehen. — Der „Gaulois“ sagt: Es gibt eine Voraussetzung, die man nicht ausschließen darf, die der Wiederabnahme der gestern brüß abgebrochenen Verhandlung in einer abgeänderten Form. Das ist wohl eine zulässige Voraussetzung. Je nach der Wendung, die die Ereignisse nehmen werden, je nachdem man in London und Rom die Zeichen des gestrigen Tages aufmerkamer überdenkt, kommt aus der Atmosphäre der Nervosität eine Gerahtheit heraus. Wenn sich der Bruch der Entente vollziehen sollte, so wäre das eine Katastrophe und Deutschland allein dürfte daraus den Nutzen ziehen können.

Paris. Der „Ceuvre“ meint: Das Unheil, das der Vertrag von Versailles Frankreich zugefügt hat, sei heute überzeugend, sogar für die Leute, die ihn mit Bedarrlichkeit verteidigten. — Nach dem „Figaro“ darf sich Frankreich nicht verhehlen, daß es in Lloyd George einen unerbittlichen Feind besitzt. Er brachte die Konferenz kalten Blutes zum Scheitern und hat Poincaré in den Zusammenbruch mit hineinverstrickt, nachdem er schon von vornherein entschlossen gewesen sei, sich unerbittlich zu zeigen. Deutschland und England machten in der Moratoriumfrage gemeinsame Sache. Das sei eine Tatsache, der man ins Auge schauen müsse. — „Le Roubelle“ vertritt den Standpunkt, daß der Mißerfolg in London nicht ein Mißerfolg Frankreichs, sondern ein Mißerfolg seiner Politik sei. Morgen erfahre man, ob eine andere Politik in den Räten beschlossen werde, oder ob man militärischen Abenteuern entgegengehe.

### Französische Kammerberufung?

Paris, 16. August. Zur Frage, ob die französische Kammer einberufen wird, schreibt der „Matin“, obwohl im Ministerium einige Stimmen für die Einberufung seien, seien andere und nicht die Unbedeutendsten gegen diese Maßnahmen und erklärten, die Regierung sei solidarisch mit dem Ministerpräsidenten, man müsse die Verantwortung mit ihm teilen. Auch das „Echo des Paris“ glaubt nicht an die unmittelbar bevorstehende Einberufung des Parlaments. Erst müsse Deutschland sich geüßert haben, die Entscheidung der Reparationskommission anzuerkennen.

Dollar gegen 1 Uhr ca. 1050.

## Der Dollar über 1000 Mark.

Prompt reagierte auch diesmal die Börse auf das Scheitern der Londoner Konferenz. Der Dollar stieg rapid und überstieg die 1000, womit zum ersten Male der traurige Rekordstand einer vierstelligen Ziffer als Preis des Dollars erreicht wurde. Welche Bedeutung diese schon seit Wochen sich fortsetzende katastrophale Aufwärtsbewegung für uns alle, für Verbraucher und Erzeuger, besonders aber auch für die Staatsfinanzen und die Volkswirtschaft hat, ist nachgerade auch allen denen, die sich sonst nicht mit diesen wirtschaftlichen Dingen befassen, geläufig geworden. Die sprunghafte Steigerung aller Lebensbedürfnisse, die wir jetzt durchmachen, wird noch schärfere Formen annehmen, wenn der erreichte Hochstand des Dollars sich längere Zeit halten sollte. Das bedeutet eine weitere Verelendung des deutschen Volkes als Folge des Währungsverfalls. Dieser Katastrophe entgegenzuarbeiten sind wir machtlos, da wir uns in den Händen der Feindmächte befinden. Solange noch mit der Möglichkeit des Zustandekommens eines Moratoriums, das uns eine Atempause in unseren Verpflichtungen gebracht hätte, gerechnet werden konnte, hielt sich der Dollar Kurs noch etwas stabil. Mit dem Scheitern der Aussicht auf eine solche Regelung war es damit aber sofort vorbei und Frankreichs Starrköpfigkeit bringt uns die stärksten Verluste, womit natürlich auch zum Schaden dieses unferes Feindes, immer mehr die Möglichkeit schwindet, daß Deutschland seinen Verpflichtungen aus dem Friedensschlußverträge nachkommen kann. Schneidet sich damit zwar auch Frankreich ins eigene Fleisch, was tut's, wenn es dadurch nur bei seinem Boike die Revanchegedächte gegen uns aufs Höchste anzuknappen kann.

### Politische Nachrichten.

#### Empörende Handhabung der elsaß-lothringischen Ausweisungen.

Offenburg. Durch die Schilderungen der aus Elsaß-Lothringen Ausgewiesenen, die zum großen Teil in Offenburg und Trieburg vorläufig untergebracht wurden, erfährt man jetzt nähere Einzelheiten darüber, wie die Ausweisungen vor sich gingen. Die zur Ausweisung Bestimmten wurden durch Polizeibeamte Freitag nacht in aller Frühe zum Teil aus den Betten geholt und zum Polizeibureau geführt, wo ihnen der in französischer und deutscher Sprache ausgefertigte Ausweisungsbefehl als „lästiger Ausländer“ überreicht wurde. Die Ausweisungsbefehle trugen das Datum vom 10. August. Die Bekanntgabe der Ausweisung erfolgte jedoch erst am 12. August. Binnen 48 Stunden, also bis Sonnabend mitternacht, mußten sie über die Grenze sein. Gleichzeitig wurden die Möbel mit Beschlag belegt, so daß zahlreiche Flüchtlinge nur mit geringen Geldmitteln, zum Teil sogar mittellos über die Rheinbrücke kamen. In einzelnen Fällen wurde die Wohnung sofort verriegelt. Beim Uebertritt über die Grenze wurde sehr streng darauf geachtet, daß niemand mehr als 5000 Mk. (100 Franken) mit sich trug. Weibliche Flüchtlinge erzählten, daß sie sich bei der Revision nahezu entkleiden mußten. Unter den Ausgewiesenen befinden sich sehr viele einfache Leute, Angestellte, Arbeiter, Handwerker, die zum Teil seit 30 Jahren in Elsaß-Lothringen anfaßig waren. Selbst Leute im Alter von 75 bis 80 Jahren wurden von der Ausweisung betroffen. Der elsaß-lothringischen Bevölkerung hat sich eine große Unruhe bemächtigt. Die letzten Flüchtlinge aus Strassburg trafen Sonntag nachts 12 Uhr in Appenweiler ein. Ein Mannheimer Blatt berichtet Einzelheiten, die das tragische Geschick der Ausgewiesenen besonders deutlich zeigen. Eine kaufmännische Angestellte, die in vierzehn Tagen heiraten wollte, wurde ausgewiesen; der Bräutigam blieb zurück. Eine aus Appenweiler stammende Frau, die 35 Jahre in Strassburg lebte, stand vor der Scheidung mit ihrem Mann, von dem sie schon getrennt lebte. Beide wurden ausgewiesen, so daß die Scheidung nicht durchgeführt werden kann. Eine Frau schleppte sich mit vier Kindern über die Rheinbrücke, von denen sie zwei im Wäsefordr trug. Eine Frau, die aus Pforsheim stammt, war mit ihrem Mann 28 Jahre lang in Strassburg anfaßig. Als der Ausweisungsbefehl kam, befand sich ihr Mann auf Urlaub in Deutschland; er weiß nichts von dem Unheil, welches seine Frau betroffen hat.

„D. A. J.“ meldet aus Basel: Bei den neuesten Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen handelt es sich, soweit das Oberelsaß in Betracht kommt, in der Hauptsache um Familien, die seit 20, 30 und noch mehr Jahren in Mülhausen, St. Ludwig, Düreningen usw. wohnen und von denen die meisten dem guten Bürgerstande angehören. Verschiedene haben sogar seit längerer Zeit Besuche um Naturalisierung eingereicht. Nach den Aussagen der Ausgewiesenen ist der größte Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung über die rasche Maßnahme ebenso bestürzt und empört wie die Ausgewiesenen selber. Aber selbst die elsaß-lothringischen Kammerdeputierten und Präsekturbeamten erklärten, nichts daran ändern zu können, da der Befehl direkt von Paris gekommen sei. Nur wenn Deutschland bis zum Freitag nachmittags 5 Uhr zahlen werde, dürfte der Ausweisungsbefehl aufgehoben werden. Im Elsaß wird allgemein befürchtet, daß diesem Ausweisungsbefehl noch weitere folgen werden.

#### Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung.

Die Spitzenverbände der Arbeitnehmerorganisationen haben in den letzten Tagen über die durch den Marksturz hervorgerufene Wirtschaftslage beraten. Wie die „Voll. Jg.“ mitteilt, wollen die Arbeitnehmervertreter heute mit dem Reichswirtschaftsminister Schmidt die Lage erörtern und im Anschluß daran Beschlüsse fassen, die der Reichsregierung vorgelegt werden sollen. Die Spitzenverbände wollen der Regierung Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung vorschlagen, die auf eine Einschränkung der freien Wirtschaft und teilweise Rückkehr zur Zwangswirtschaft hinauslaufen und vor allem eine Drosselung der Einfuhr herbeiführen wollen.